

Antrag

der Abgeordneten Razborcan, Rosenmaier, Dworak, Gartner, Gruber, Hahn, Onodi, Schagerl, Mag. Scheele, Dr. Sidl, Thumpser MSc und Vladyka

betreffend Maßnahmenpaket für die Niederösterreichischen Pendlerinnen und Pendler

Das Wiener Umland verzeichnet bevölkerungsmäßig die größten Wachstumsraten in Österreich und legt auch weiter zu. Wie in den vergangenen Jahrzehnten wird die Suburbanisierung zukünftig die Bevölkerungsentwicklung im Wiener Umland entscheidend gestalten. Laut Statistik Austria leben derzeit fast 639.000 Personen im Wiener Umland. Im Jahr 2002 waren es noch rund 67.000 Personen weniger.

Die Prognoseergebnisse rechnen in den kommenden Jahrzehnten mit einem Anstieg der EinwohnerInnen-Zahl in den Regionen „Wien Umland-Nord“ und „Wien Umland-Süd“ um mehr als ein Viertel (plus 150.000 Personen lt. mittlerweile durch die aktuellen Flüchtlingsereignisse überholte Kordonstudie 2010). Damit hätten im Jahr 2035 rund 800.000 Personen ihren Wohnsitz im Wiener Umland.

All diese Menschen werden Arbeit brauchen und diese vermutlich auch in der Bundeshauptstadt Wien und im Wiener Umland suchen und finden. Mit der Zunahme der Arbeitsplätze geht eine verstärkte Mobilität Hand in Hand.

Damit Städte und ihr Umland eine hohe Lebensqualität haben und ein attraktiver Wirtschaftsstandort sind, muss das umweltfreundliche Mobilitätsangebot stark ausgebaut werden.

Die Bundesländer Wien und NÖ sind ökonomisch aufs Engste miteinander verknüpft. Von den 564.877 Berufstätigen, die in NÖ wohnen, pendeln rund 30 Prozent in andere Bundesländer. Die meisten DienstnehmerInnen arbeiten in Wien, nämlich jede/r Vierte.

Die hunderttausenden PendlerInnen fahren täglich in der Früh zu ihrem Arbeitsplatz nach Wien und in den Abendstunden zurück an ihren Wohnort nach NÖ.

Damit wälzen sich täglich enorme Autokolonnen in die Bundeshauptstadt Wien hinein und abends wieder hinaus. Verbunden mit diesen täglichen Staus ist auch eine unendliche Menge an Schadstoffausstößen.

Aus diesem Grund haben schon die meisten europäischen Hauptstädte Verkehrskonzepte beschlossen, die weniger Autoverkehr und die stärkere Nutzung von öffentlichem Verkehr, Fahrrad und Gehen zum Ziel haben, denn der Platz in den Städten ist knapp.

Auch die Stadt Wien hat ihr Konzept. Dauerparken im öffentlichen Raum wurde bereits in den Bezirken 1-9, 12, 14, 15, 16, 17, 18 und 20 gänzlich oder teilweise eingeschränkt und kostenpflichtig als Kurzparkzone verordnet. Die Stadt Wien wird die Parkraumbewirtschaftung, vorwiegend in den Bezirken Favoriten, Simmering 2017, weiter fortsetzen. Die noch verbleibenden Bezirke werden ebenfalls folgen.

Diese Situation wird insbesondere im Süden Wiens zu einem weiteren Engpass bei Parkplätzen für Pendlerinnen und Pendler führen und viele Menschen zum Umsteigen auf Öffis zwingen. Niederösterreich hat bereits an der Stadtgrenze und in der 1. Außenzone Park & Ride Plätze in großer Zahl geschaffen. Zusätzlicher Raum hierfür wird knapp, die Grundstückspreise sind hoch. Es wird daher notwendig und vernünftig sein, zusätzliche Park & Ride Plätze weiter draußen zu schaffen und den Menschen bereits früher die Möglichkeit zum Umsteigen auf öffentliche Verkehrsmittel zu bieten und somit das „öffentliche“ Pendeln auch attraktiver zu machen.

In Niederösterreich bestehen bereits mehr als 36.000 PKW- und rd. 23.000 Zweiradstellplätze an Bahnhöfen und Haltestellen des öffentlichen Verkehrs. Seit dem Jahr 2012 wurden rund 2.600 definitive PKW-Stellplätze, rund 2.000 provisorische Stellplätze und rund 1.600 Zweiradstellplätze fertig gestellt.

Bei näherer Betrachtung ist zu erkennen, dass bei der oben genannten Ausweitung der Kurzparkzonen, die bereits geschaffenen Kapazitäten an Stellplätzen bei den bestehenden Park & Ride Anlagen bei weitem nicht ausreichen werden. Es ist daher ein Gebot der Stunde sich bereits jetzt auf die oben genannten Veränderungen einzustellen und vorausschauend die entsprechende Infrastruktur zu schaffen.

Die Gefertigten stellen daher folgenden

ANTRAG:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung, insbesondere der für Verkehr zuständige Landesrat Mag. Karl Wilfing, wird aufgefordert im Sinne der Antragsbegründung

- 1) sich beim Verkehrsverbund OST für eine Ausweitung der Kernzone auf den Bereich der 1. Außenzone einzusetzen,
- 2) die finanziellen Mittel für die Einführung eines 365-Euro-Jahrestickets für öffentliche Verkehrsmittel in Niederösterreich bereitzustellen,
- 3) den Ausbau von Park & Ride Anlagen im Wiener Umland massiv zu forcieren.

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem VERKEHRSAUSSCHUSS zur Vorberatung zuzuweisen.